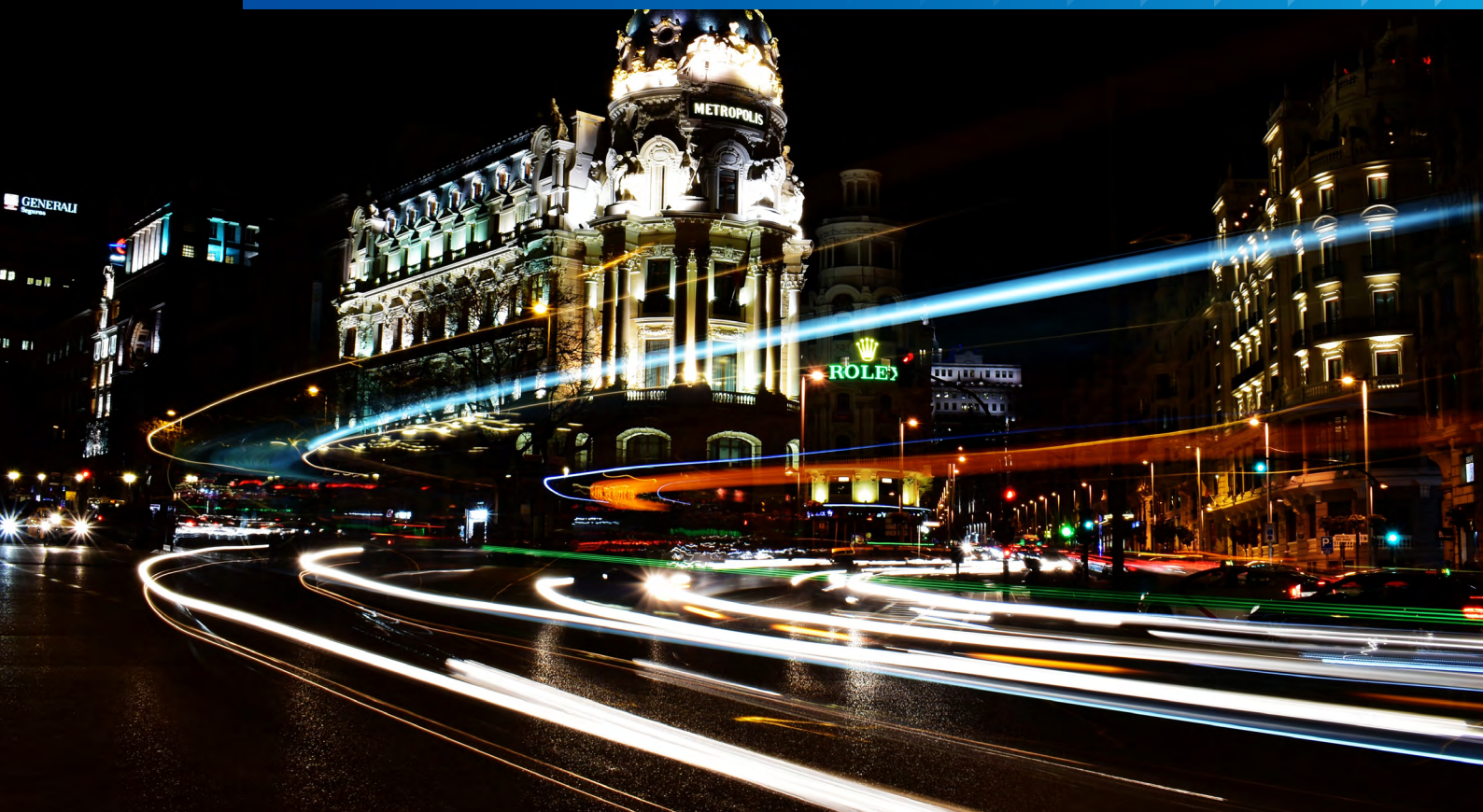


Wirtschaft im Wandel

5/2018

12. Dezember 2018, 24. Jahrgang



Reint E. Gropp **S. 73**

Kommentar: Miese Luft bei bester Oper

Eva Dettmann, Steffen Müller **S. 74**
Aktuelle Trends: Betriebliche
Lohnungleichheit wieder rückläufig

Hans-Ulrich Brautzsch, Birgit
Schultz **S. 75**
Effekte der Einführung des gesetz-
lichen Mindestlohns: Eine Fallstudie
für das Handwerk in Sachsen-Anhalt

Matthias Brachert **S. 79**
Regionale Wachstums- und
Beschäftigungseffekte professioneller
Fußballvereine – Eine europäische
Analyse

Inhaltsverzeichnis

- 73** Kommentar: Miese Luft bei bester Oper
Reint E. Gropp

- 74** Aktuelle Trends: Betriebliche Lohnungleichheit wieder rückläufig
Eva Dettmann, Steffen Müller

- 75** Effekte der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns:
Eine Fallstudie für das Handwerk in Sachsen-Anhalt
Hans-Ulrich Brautzsch, Birgit Schultz

- 79** Regionale Wachstums- und Beschäftigungseffekte professioneller Fußballvereine –
Eine europäische Analyse
Matthias Brachert

- 83** Meldungen

- 84** Veranstaltungen

- 85** Publikationen

- 86** Diskussionspapiere

- 87** Pressemitteilungen

- 87** Das IWH in den Medien

- 88** Personalien

Miese Luft bei bester Oper

Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Gleichwertige Lebensverhältnisse? Wird es in Deutschland niemals geben. Die Städte und Gemeinden sollten etwas Besseres anstreben als Gleichmacherei.

Man hört sie immer wieder, die Forderung nach „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ im ganzen Land. Solche sieht das Raumordnungsgesetz vor, und mit einer neuen Kommission will die aktuelle Bundesregierung diesem Ziel näherkommen – erreichen wird sie es ebenso wenig wie alle künftigen Regierungen. Denn so gut gemeint die Idee klingen mag, so aktuell und versöhnlich sie wirkt in einer Zeit, da der Gesellschaft eine Spaltung droht: Gleichwertige Lebensverhältnisse wird es in Deutschland nie geben. Und das ist gut so. Nur sollte man aus den vorhandenen Unterschieden die richtigen Schlüsse ziehen.

Wie stellt sich das Problem aus ökonomischer Sicht dar? Schon 1956 präsentierte der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler *Charles Tiebout* sein Modell für den fiskalischen Wettbewerb unter Gemeinden. Es beschreibt so einfach wie plausibel, dass alle Gemeinden ein Paket von Leistungen anbieten. Dazu gehören etwa Straßen und Schulen, Polizei und Krankenhäuser, Theater und Schwimmbäder. Es ist klar, dass es nicht überall dieselben Leistungen geben kann. Die Menschen stimmen mit den Füßen ab, wenn sie in die Gemeinde ziehen, wo ihnen das Paket an Leistungen am meisten zusagt. Der Wettbewerb um Einwohner führt dazu, dass Steuergelder lokal optimal eingesetzt werden. Weder bieten Gemeinden zu viele Leistungen an, die die Bürger gar nicht wollen, noch wird dort zu wenig investiert, wo wirklich Bedarf besteht.


Was bedeutet es im Lichte dieser Theorie, wenn sich Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse auf die Fahne schreibt? Die meisten verstehen es so, dass die Infrastruktur überall auf dem Land ungefähr so sein sollte wie in der Stadt. Wenn sich eine Kommune diese Infrastruktur nicht aus eigenen Mitteln leisten kann, muss eben subventioniert werden. Diese Gleichmacherei ist falsch.

Im Geiste Tiebouts sollte man stattdessen die Lebensverhältnisse an einem Ort als Bündel verschiedener Faktoren verstehen. Zum Beispiel beinhaltet das Bündel

„München“ hohe Löhne, ein exzellentes Kulturangebot, hervorragende Restaurants und viele Einkaufsmöglichkeiten. Allerdings beinhaltet das Bündel auch extrem hohe Mieten, tägliche Verkehrsstaus, Lärm und Luftverschmutzung. Im Gegensatz zu München sieht das Bündel „Harz“ ganz anders aus: niedrige Löhne, ein kleineres Kulturangebot, wenig Restaurants und Geschäfte, aber eben auch niedrige Mieten, keine Staus, gute Luft und eine schöne Landschaft.

Wenn jetzt die Politik den Breitbandausbau auf dem Land oder andere Subventionen an die Kommunen mit „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ begründet, wird damit der Versuch unternommen, Unterschiede krampfhaft auszugleichen. So ein Ansatz muss scheitern. Sieht man sich dazu noch die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung an, dann wird schnell klar, dass für manche Kommunen ein ultraschnelles Internet je Einwohner unverhältnismäßig teuer würde. Das Subventionsgeld fürs Land fehlt an anderer Stelle, zum Beispiel für Investitionen in städtische Infrastruktur oder in Spitzenforschung.

Welche vernünftigen Ziele sollten Städte und Gemeinden erfolgen? Charles Tiebout würde sagen, ganz bestimmt nicht alle die gleichen und sicher auch nicht solche, die Landesregierungen oder gar der Bund vorgeben. Es braucht keine zentral gesteuerte Gesamtstrategie für ländliche Räume, wie sie derzeit in Berlin diskutiert wird. Stattdessen sollte der Bund die Gemeinden im Rahmen eines Wettbewerbs fragen: Wo wollt ihr in zehn Jahren stehen? Die Zukunftskonzepte, die dabei am meisten überzeugen, werden langfristig gefördert.

Jede Gemeinde sollte sich auf ihre Vorzüge besinnen. Sie sollte ihre Stärken strategisch stärken und bekanntmachen. Solche Stärken gibt es überall, selbst in Regionen, die beim Pro-Kopf-Einkommen weit hinten liegen. Und gerade dort ist eine gemeindespezifische Strategie von entscheidender Bedeutung. Das Ziel muss es sein, attraktiv für bestimmte Zielgruppen zu werden. Kommunen sollten so unterschiedlich sein wollen, wie die Menschen es sind. Die Gießkanne der Gleichmacherei kann man dann getrost beiseitestellen. 

Die längere Originalfassung dieses Textes erschien am 26.11.2018 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

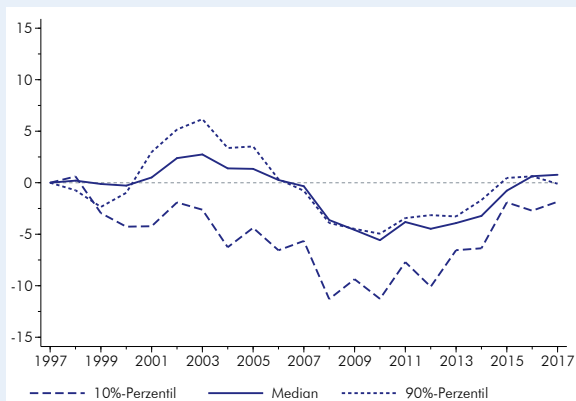
Aktuelle Trends: Betriebliche Lohnungleichheit wieder rückläufig

Eva Dettmann, Steffen Müller

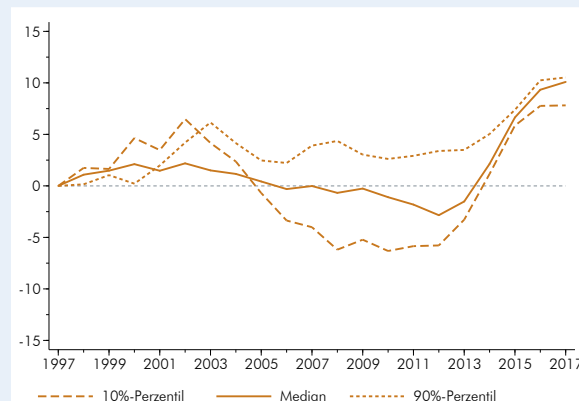
Entwicklung der betrieblichen Durchschnittslöhne, Perzentile 1997 bis 2017

in %, Basisjahr 1997

Westdeutschland



Ostdeutschland




Basis: alle Betriebe mit Angaben zur Bruttolohn- und Gehaltssumme. Lesehilfe: Die Abbildungen zeigen die Veränderung der betrieblichen Durchschnittslöhne im Vergleich zum Lohnniveau im Basisjahr 1997. Die Veränderung wird in % angegeben. Median: Die Hälfte aller Betriebe bezahlte im betreffenden Jahr einen Durchschnittslohn oberhalb des Medianwerts. 10%-Perzentil: 90% aller Betriebe zahlten im betreffenden Jahr mehr als diesen Wert.

Quelle: IAB-Betriebspanel 1997 bis 2017, preisbereinigt, Zeitreihe über Zeiträume von drei Jahren geglättet, der Beobachtungszeitpunkt liegt in der zweiten Jahreshälfte.

Die beiden Abbildungen, die auf den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels basieren, bieten einen etwas ungewohnten Blick auf die Entwicklung der Löhne in Deutschland, da sie betriebliche Durchschnittslöhne und nicht Löhne auf Personenebene zeigen. Diese Sichtweise ist interessant, da betriebliche Lohnunterschiede ein wichtiger Treiber von Lohnungleichheit sind.

Neben einem West-Ost-Unterschied in Höhe der aktuell gezahlten Durchschnittslöhne (19% höher im Westen, nicht in der Abbildung ersichtlich) lässt sich für beide Teile Deutschlands eine durchaus unterschiedliche Entwicklung der betrieblichen Lohnverteilung beobachten. So zeigt die Abbildung für Westdeutschland für diejenigen Betriebe, die die vergleichsweise geringsten Löhne zahlen (hier 10. Perzentil) im gesamten Betrachtungszeitraum Lohninbußen. Am aktuellen Rand liegen die Einbußen bei etwa 2% im Vergleich zu 1997, während die Löhne am Median leicht gestiegen sind. In Ostdeutschland verlief die Entwicklung der betrieblichen Durchschnittslöhne insgesamt und vor allem seit 2013 deutlich positiver. Am aktuellen Rand sind im Osten für alle Perzentile deutliche Lohnzuwächse zu beobachten, am Median etwa 10%. Es ist davon auszugehen, dass die seit etwa dem Jahr 2013 einsetzende Erholung der Lohnentwicklung in

Deutschland zum einen von einer gestiegenen Arbeitsnachfrage und zum anderen von der Einführung des Mindestlohns zum 01.01.2015 unterstützt wurde. Der bereits vor 2015 einsetzende besonders starke Lohnanstieg in Ostdeutschland deutet zudem auf eine wichtige Rolle der vor 2015 eingeführten branchenspezifischen Mindestlöhne hin, von denen vor allem im Osten ein großer Anteil der Beschäftigten betroffen ist.

Fazit: Im Vergleich zu 1997 hat die Lohnungleichheit, gemessen als Differenz zwischen dem 90. und 10. Perzentil, zunächst in West- und Ostdeutschland stark zugenommen; im Westen v. a. durch Lohninbußen in Betrieben mit relativ geringer Entlohnung; in Ostdeutschland zusätzlich auch durch Lohnzuwächse in gut zahlenden Betrieben. Seit etwa 2013 geht die Ungleichheit innerhalb der beiden Regionen jedoch wieder zurück und liegt im Jahr 2017 nur knapp über dem Niveau von 1997. 

Dr. Eva Dettmann

Zentrum für evidenzbasierte Politikberatung (IWH-CEP)

Eva.Dettmann@iwh-halle.de

Professor Dr. Steffen Müller

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Steffen.Mueller@iwh-halle.de

Effekte der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns: Eine Fallstudie für das Handwerk in Sachsen-Anhalt

Hans-Ulrich Brautzsch, Birgit Schultz

Knapp 8% der Beschäftigten in den Handwerksbetrieben Sachsen-Anhalts verdienten vor der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 brutto weniger als 8,50 Euro je Stunde. Allerdings differiert die Betroffenheit stark. In den besonders betroffenen Gewerken war zu befürchten, dass die durch den Mindestlohn induzierte Kostensteigerung zu einem spürbaren Beschäftigungsabbau führt. In diesem Kontext werden drei Fragen untersucht: (1) Wie hoch war die Mindestlohnbetroffenheit im Handwerk in Sachsen-Anhalt? (2) Welche – über die Lohnkostenerhöhung hinausgehenden – Effekte hatte die Mindestlohneinführung in den Handwerksbetrieben? (3) Welche Ausweichreaktionen haben die Handwerksbetriebe unternommen, um die höhere Kostenbelastung zu bewältigen? Die Untersuchungen basieren auf den von den Handwerkskammern Halle und Magdeburg durchgeführten Konjunkturumfragen, die in Kooperation mit dem IWH um zusätzliche Fragen zur Mindestlohneinführung erweitert wurden. Die Ergebnisse der Schätzungen zeigen keine signifikanten Beschäftigungseffekte infolge der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Vielmehr haben die Handwerksbetriebe vor allem mit Preiserhöhungen reagiert.

JEL-Klassifikation: C31, E24, J23, J38

Schlagwörter: Mindestlohn, Beschäftigung, Differenz-von-Differenzen-Schätzung, Handwerk, Sachsen-Anhalt

Mit dem Mindestlohngesetz ist in Deutschland zum 1. Januar 2015 erstmals ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro je Stunde eingeführt worden.¹ Die zu erwartenden Wirkungen wurden im Vorfeld kontrovers diskutiert. Besonders starke Arbeitsplatzverluste wurden im Bereich der Minijobs, vor allem in Ostdeutschland, befürchtet.² Dies liegt zum einen daran, dass der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro in Ostdeutschland mit 21% deutlich höher war als in Westdeutschland (9%).³ Zum anderen war die durch die Mindestlohneinführung induzierte Steigerung des

durchschnittlichen Stundenlohns in den Neuen Bundesländern erheblich stärker als in den Alten Bundesländern, da der Anteil der Bezieher sehr geringer Stundenlöhne im Osten höher war.⁴ Beide Faktoren führten dazu, dass der durch die Mindestlohneinführung ausgelöste Kostenschub in Ostdeutschland besonders kräftig ausfiel.

Im Folgenden werden die Auswirkungen der Mindestlohneinführung im Handwerk in Sachsen-Anhalt untersucht.⁵ Das Handwerk ist aus mehreren Gründen für die Analyse der Wirkungen der gesetzlich festgelegten Lohnuntergrenze von besonderem Interesse: Erstens dominieren im Handwerk Kleinbetriebe. In Kleinbetrieben ist der durchschnittliche Stundenlohn deutlich niedriger als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.⁶ Dadurch ist die durch die Mindestlohneinführung induzierte Entgelterhöhung je Beschäftigten bei kleineren Handwerksbetrieben besonders hoch. Zweitens produzieren Handwerksbetriebe vorwiegend für regionale Märkte. Dadurch können sie ihre realen Umsätze nur begrenzt erhöhen. Deshalb ist davon

1 Im Folgenden wird der allgemeine gesetzliche Mindestlohn verkürzt als Mindestlohn bezeichnet.

2 Vgl. beispielsweise *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Jahrgutachten 2013/2014*. – Möller, J.: Werden die Auswirkungen des Mindestlohnes überschätzt?, in: *Wirtschaftsdienst*, Vol. 94 (6), 2014, 387–392. – Holtemöller, O.; Pies, I.: Mit administrativen Löhnen Armut bekämpfen? – Warum die Debatte um den Mindestlohn in Deutschland verfehlt ist. *Diskussionspapier 2014-4, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*. – Brautzsch, H.-U.; Schultz, B.: Mindestlohn von 8,50 Euro: Wie viele verdienen weniger, und in welchen Branchen arbeiten sie?, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Vol. 19 (3), 2013, 53–56.

3 Vgl. *Mindestlohnkommission: Erster Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns*. Berlin 2016, 151. Zum aktuellen Stand der Mindestlohneinführung in Deutschland vgl. *Mindestlohnkommission: Zweiter Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns*. Berlin 2018.

4 Vgl. *Statistisches Bundesamt: Fachserie 16, Hefte 2 und 3*.

5 Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse findet sich in *Brautzsch, H.-U.; Schultz, B.: The Minimum Wage Effects on Skilled Crafts Sector in Saxony-Anhalt. IWH-Diskussionspapiere 31/2017*.

6 Vgl. *Statistisches Bundesamt: Fachserie 16, Heft 3*.

auszugehen, dass die Handwerksbetriebe versuchen werden, als Reaktion auf die Mindestlohneinführung ihre Preise anzuheben. Bei einem Teil der Unternehmen dürften die Überwälzungsmöglichkeiten gegeben sein, weil die Kunden kaum Alternativen haben. Dies dürfte beispielsweise auf einige Leistungen des Bauhandwerks zutreffen. Bei anderen Handwerksleistungen dürfte mit steigenden Preisen die nachgefragte Menge sinken. Zu den handwerkstypischen Gütern, bei denen die Nachfrage infolge von Preissteigerungen vermutlich sinken könnte, gehören beispielsweise Lebensmittel. Gerade hier war zu befürchten, dass die durch den Mindestlohn induzierte Kostensteigerung zu einem spürbaren Beschäftigungsabbau führt.

Und drittens ist schließlich das Gewicht des Handwerks in Sachsen-Anhalt höher als in Deutschland insgesamt. So betrug der Anteil der Handwerksunternehmen am gesamten Unternehmensbestand im Jahr 2014 in Sachsen-Anhalt 23,1%, in Deutschland waren es lediglich 16,1%.⁷ Der Anteil der Handwerksunternehmen an den Beschäftigten insgesamt war im Jahr 2014 mit 14,2% höher als in Deutschland insgesamt (12,6%).⁸

Zu den Mindestlohneffekten in bisherigen Studien in Deutschland

Die Effekte der Mindestlohneinführung sind bisher in einer Vielzahl von Studien untersucht worden.⁹ Beschränkt man sich auf Untersuchungen, die auf Unternehmensbefragungen beruhen, zeigen sich u. a. folgende Ergebnisse:¹⁰

➔ Die Mindestlohnbetreffenheit der Betriebe bzw. Unternehmen war in Ostdeutschland in etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

➔ Mit der Mindestlohneinführung ist kein dramatischer Beschäftigungsabbau verbunden,¹¹ wobei allerdings die Effekte in Ostdeutschland deutlich höher sind als in Westdeutschland. Vielmehr hat die Mindestlohneinführung die Unternehmen veranlasst, bei Neueinstellungen zurückhaltender zu sein. Zudem sind teilweise die Arbeitszeiten der vom Mindestlohn betroffenen Arbeitnehmer reduziert worden.

7 Vgl. Statistisches Bundesamt: *Fachserie 4, Reihe 7.2.*

8 Vgl. ebenda.

9 Vgl. hierzu vor allem *Mindestlohnkommission (2016)* sowie *Bossler, M.; Möller, J.*: Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns. *IAB-Stellungnahme 1/2018.*

10 Eine Übersicht über die analysierten Studien sowie zentrale Befunde dieser Untersuchungen sind enthalten in *Brautzsch, H.-U.; Schultz, B., a. a. O.*, Abschnitt 3.

11 Vgl. hierzu auch *Holtemöller, O.; Pohle, F.*: Employment Effects of Introducing a Minimum Wage: The Case of Germany. *IWH-Diskussionspapiere 28/2017.*

Kasten

Datengrundlage

Im Rahmen der regelmäßigen Konjunkturbefragungen haben die Handwerkskammern Halle und Magdeburg im Jahr 2015 die Handwerksbetriebe zur Einführung eines Mindestlohns befragt. Zudem wurden die Angaben zur Beschäftigung aus der Befragung im Jahr 2014 genutzt. Insgesamt haben 1206 Handwerksbetriebe an der Mindestlohnbefragung teilgenommen. Die Fragen bezogen sich zum einen auf die Mindestlohnbetreffenheit. Ein Teil der insgesamt 1206 Handwerksbetriebe gab an, überhaupt nicht von der Mindestlohneinführung betroffen zu sein. Von den betroffenen Betrieben musste ein Teil die Löhne von Beschäftigten auf das Mindestlohniveau erhöhen (direkte Betroffenheit). Der andere Teil war nur indirekt betroffen, weil beispielsweise Lieferanten infolge der Mindestlohneinführung ihre Preise erhöht haben. Zum anderen wurden Fragen zu den Ausweichreaktionen gestellt. Dabei spielte die Frage nach den Beschäftigungswirkungen der Mindestlohneinführung eine zentrale Rolle.

➔ Die Studien zeigen bezüglich der sonstigen Anpassungsreaktionen auf die Mindestlohneinführung ähnliche Muster. Übereinstimmend wurden als wichtigste Anpassungsmaßnahmen Preiserhöhungen, die Reduzierung von Sonderzahlungen sowie eine Verringerung der Investitionen genannt.

Die Befragung der Handwerksbetriebe in Sachsen-Anhalt: Ausgewählte Ergebnisse

In 16,9% der Betriebe gab es Mitarbeiter, deren Stundenlohn unter 8,50 Euro lag und zum 1. Januar 2015 auf 8,50 Euro angehoben werden musste (vgl. Tabelle 1). Der Anteil der von der Mindestlohnregelung betroffenen Beschäftigten in den Handwerksbetrieben lag bei 7,7%. Der Anteil der betroffenen Betriebe nimmt tendenziell mit der Betriebsgröße zu. Allerdings ist dabei zu beachten, dass die Zahl der zu einer Größengruppe gehörenden Betriebe mit der Betriebsgröße abnimmt. Aufgrund der Mindestlohnregelung mussten 7,6% der Handwerksbetriebe Lohnerhöhungen von 1,00 bis 1,99 Euro pro Stunde vornehmen. Lohnsteigerungen von mehr als 2,00 Euro pro Stunde gab es nur in 2,6% der Betriebe.¹² Bezüglich der Mindestlohnbetreffenheit bestehen auch zwischen den Gewerken erhebliche Unterschiede. So ist das Bauhauptgewerbe am wenigsten betroffen, während

12 Zu beachten ist, dass ein Betrieb in mehreren der angegebenen Intervalle enthalten sein kann.

Tabelle 1Von der Mindestlohneinführung betroffene Betriebe bzw. Beschäftigte im Handwerk in Sachsen-Anhalt^a

	Anteil der Betriebe bzw. der Beschäftigten mit Lohnerhöhungen infolge der Mindestlohneinführung, in %	
	Betriebe	Beschäftigte
insgesamt	16,9	7,7
Beschäftigte je Betrieb		
1 ... 5	13,8	8,0
6 ... 10	21,7	8,7
11 ... 20	23,7	8,8
21 ... 50	22,4	7,1
51 und mehr	33,3	14,0
Erhöhung der Löhne um ...		
bis zu 0,49 Euro/Stunde	3,0	1,3
0,50 bis 0,99 Euro/Stunde	6,6	2,3
1,00 bis 1,99 Euro/Stunde	7,6	3,8
mehr als 2,00 Euro/Stunde	2,6	1,5
Gewerke		
Bauhauptgewerbe	4,4	1,6
Ausbaugewerbe	8,9	3,3
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	20,3	7,7
Krafffahrzeuggewerbe	27,9	7,2
Lebensmittelgewerbe	57,9	36,2
Gesundheitsgewerbe	20,0	6,4
personenbezogenes Dienstleistungsgewerbe	33,0	20,9

^a Bezugsbasis: alle Handwerksbetriebe.

Quellen: Konjunkturumfragen der Handwerkskammern Halle und Magdeburg (vgl. Kasten); Berechnungen des IWH.

dies im Lebensmittelgewerbe fast drei Fünftel der Betriebe sind. Die Ursache dafür liegt darin, dass in einigen Gewerken bereits vor der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns – teilweise deutlich – höhere branchenspezifische Mindestlöhne zur Anwendung kamen. Zu beachten ist auch, dass die Gewerke mit einer hohen Mindestlohnbeeinträchtigung ein relativ geringes Gewicht an der Zahl der Handwerksunternehmen bzw. den Beschäftigten hatten. So betrug der Anteil des Lebensmittelgewerbes an den Handwerksunternehmen insgesamt 3,5% und an den Beschäftigten 8,5%.¹³

Die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns kann neben Lohnerhöhungen auch andere Effekte haben. Von den Handwerksbetrieben in Sachsen-Anhalt gaben fast 19,6% an, dass ihre Lieferanten ihre Preise erhöht haben (vgl. Tabelle 2). Auch die Zunahme der Bürokratie und geringere Gewinne wurden an vorderer Stelle als negative Effekte genannt.

¹³ Vgl. Statistisches Bundesamt: *Fachserie 4, Reihe 7.2.*

Auf die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns haben die betroffenen Betriebe mit verschiedenen Ausweichstrategien reagiert.¹⁴ Mehr als zwei Drittel der Handwerksbetriebe, die durch die Mindestlohneinführung direkt oder indirekt betroffen waren, gaben an, dass sie auf die mindestlohninduzierte Kostensteigerung mit Preiserhöhungen reagiert haben (vgl. Tabelle 3).

Welche Reaktionen gab es auf die Mindestlohneinführung?

Bei der Kausalanalyse zur Ermittlung der Beschäftigungseffekte wurde geprüft, ob die Beschäftigungsentwicklung in den Handwerksunternehmen, die vom Mindestlohn direkt betroffen waren, signifikant anders war als in den nicht bzw. weniger vom Mindestlohn

¹⁴ Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, dass Handwerksbetriebe infolge der Mindestlohneinführung ihre wirtschaftliche Tätigkeit aufgegeben haben könnten. Angaben hierüber liegen nicht vor.

Tabelle 2
Sonstige Auswirkungen der Mindestlohneinführung im Handwerk in Sachsen-Anhalt^a

Auswirkungen	Anteil in %
Bürokratie hat zugenommen	18,9
Lieferanten haben Einkaufspreise erhöht	19,6
Gewinn/Überschuss ist gesunken	16,9
schlechtere Wettbewerbsbedingungen	8,1
bessere Wettbewerbsbedingungen	1,9
leichtere Rekrutierung von Arbeitskräften	0,7
schwerere Rekrutierung von Arbeitskräften	8,1

^a Bezugsbasis: alle Handwerksbetriebe.

Quellen: Konjunkturumfragen der Handwerkskammern Halle und Magdeburg; Berechnungen des IWH.

betroffenen Betrieben.¹⁵ Dabei wurde die Betroffenheit der Handwerksbetriebe mit drei verschiedenen Maßen getestet: Beim ersten Betroffenheitsmaß wurde nur unterschieden, ob der Betrieb überhaupt von Lohnerhöhungen durch die Mindestlohneinführung betroffen ist oder nicht. Beim zweiten Maß wurde der Anteil der Beschäftigten mit Mindestlohn an allen Beschäftigten des Betriebs gebildet, und beim dritten Maß wurde zusätzlich der Anteil der von der Mindestlohneinführung betroffenen Beschäftigten mit der durchschnittlichen Lohnerhöhung gewichtet. Insgesamt zeigten sich bei keinem der drei Betroffenheitsmaße signifikante Mindestlohneffekte auf die Beschäftigung. Das heißt, in den Betrieben, die aufgrund der Mindestlohneinführung ihre Löhne erhöhen mussten, hat sich die Zahl der Beschäftigten nach der Mindestlohneinführung nicht anders entwickelt als in den Betrieben, die ihre Löhne nicht erhöhen mussten.

Eine Erklärung dafür dürften die in Tabelle 3 aufgeführten Anpassungsreaktionen der Handwerksbetriebe sein. Um zu testen, ob die in der Befragung angegebenen Ausweichreaktionen tatsächlich in Zusammenhang mit der Mindestlohn Betroffenheit stehen, wurde jede betriebliche Reaktionsmöglichkeit auf die drei Mindestlohnvariablen regressiert.

Signifikante Zusammenhänge zeigten sich besonders bei der Erhöhung der Absatzpreise, außerdem bei der Streichung freiwilliger Lohnbestandteile und der Zurückhaltung bei Lohnerhöhungen oberhalb von 8,50 Euro.¹⁶ Hingegen gibt es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Mindestlohn Betroffenheit und der Entlassung von Beschäftigten.

15 Vgl. hierzu die Ausführungen in Brautzsch, H.-U.; Schultz, B., a. O., 20 ff.
16 Vgl. ebenda, 23 ff.


Tabelle 3
Anpassungsreaktionen der Handwerksbetriebe^a

Anpassungsreaktion	Anteil der vom Mindestlohn betroffenen ...	
	Betriebe	Beschäftigten
Erhöhung der Absatzpreise	68,2	41,3
Veränderung der Öffnungszeiten	20,5	50,3
Lieferantenwechsel (z. B. Import aus dem Ausland)	12,3	34,1
Reduzierung der Leistungsvielfalt	14,1	43,1
Auslagerung von Leistungen (an freie Mitarbeiter)	12,3	35,6
Arbeitszeit reduziert	39,1	41,9
freiwillige Lohnbestandteile gestrichen	10,5	55,2
Löhne oberhalb von 8,50 Euro erhöht	26,4	29,3
weniger Neueinstellungen/Wiederbesetzungen	30,9	37,0
Entlassung von Beschäftigten	20,0	36,9
Anstieg der Arbeitszeit des Geschäftsinhabers	46,4	38,6

^a Bezugsbasis: Handwerksbetriebe, die direkt oder indirekt von der Mindestlohneinführung betroffen sind.

Quellen: Konjunkturumfragen der Handwerkskammern Halle und Magdeburg; Berechnungen des IWH.

Fazit

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 keine signifikanten Beschäftigungseffekte im sachsen-anhaltischen Handwerk mit sich gebracht hat. Damit stimmen die Ergebnisse dieser Studie mit anderen Untersuchungen überein, die keinen bzw. nur einen relativ geringen mindestlohninduzierten Beschäftigungsabbau diagnostiziert haben. Eine Ursache dafür, dass keine signifikanten Beschäftigungseffekte aufgetreten sind, dürften Ausweichreaktionen sein, die die Handwerksbetriebe infolge der Mindestlohneinführung vorgenommen haben. Dabei spielt die Erhöhung der Absatzpreise eine zentrale Rolle. 

Dr. Hans-Ulrich Brautzsch

Abteilung Makroökonomik

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

Birgit Schultz

Abteilung Makroökonomik

Birgit.Schultz@iwh-halle.de

Regionale Wachstums- und Beschäftigungseffekte professioneller Fußballvereine – Eine europäische Analyse

Matthias Brachert

Steigt ein Fußballverein ab, leiden die Fans. Leidet auch die Region? Der Beitrag nutzt abstiegsbedingte Änderungen in der räumlichen Verteilung der Vereine in vier großen europäischen Profifußballligen, um den kausalen Effekt des Abstiegs eines Erstligavereins auf das regionale Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum zu testen. Die Ergebnisse zeigen signifikant negative kurzfristige Effekte eines Abstiegs auf die Entwicklung der regionalen Beschäftigung und der Bruttowertschöpfung in sportbezogenen Wirtschaftszweigen. Darüber hinaus finden sich negative Auswirkungen auf das gesamte regionale Beschäftigungswachstum.

JEL-Klassifikation: J40, R11, R12

Schlagwörter: Profifußball, Abstieg, regionale Entwicklung, Regressions-Diskontinuitäts-Design

Jedes Jahr im Mai zieht ein Gespenst durch Europa – das Abstiegsgepenst. Ob nun in Hamburg und Köln im Jahr 2018 oder in Ingolstadt und Darmstadt im Vorjahr, stets produziert der Modus des europäischen Ligenmodells Entscheidungen, bei denen sich für einige Vereine durchaus erst an den letzten Spieltagen entscheidet, ob sie ihrer Liga in der nächsten Saison noch angehören. Dabei ist bemerkenswert, dass viele dieser Vereine nach Punkten und Toren gemessen über Monate oftmals fast identische Leistungen erbracht haben. So waren beispielsweise vor dem finalen Spieltag der Bundesligasaison 1998/1999 noch insgesamt fünf Mannschaften abstiegsgefährdet: der 1. FC Nürnberg, der VfB Stuttgart, der SC Freiburg, Hansa Rostock und die Eintracht aus Frankfurt.

Während die Dramatik der Abstiegsentscheidung den Fans aus ökonomischer Perspektive einen Nutzen stiftet¹ und sie ins Stadion, vor den Bildschirm oder das Radio zieht, sind mit dem Abstieg selbst oftmals deutlich negative wirtschaftliche Konsequenzen für alle beteiligten Akteure verbunden. Die Ursache hierfür liegt darin, dass mit dem Abstieg eine Verringerung der Qualität der dargebotenen Leistung bzw. der Wettbewerber einhergeht.² Konsumenten von Sportveranstaltungen sind jedoch durch ihre Präferenz für die Darbietung außergewöhnlichen Talents charakteri-

siert.³ Kommt es zu einem Abstieg, sinkt folglich die Nachfrage nach fußballerischen Darbietungen.

Dieser Effekt wird aktuell zudem durch die steigende Kommerzialisierung des Profifußballs in Europa mit Fokus auf die jeweilige höchste nationale Liga verstärkt. So bezieht beispielsweise ein Bundesligaverein in der Saison 2018/2019 im Durchschnitt rund 47,3 Mio. Euro an Fernsehgeldern. In der zweiten Bundesliga beträgt dieser Wert nur noch durchschnittlich 11,5 Mio. Euro.⁴

Dementsprechend stellt ein Abstieg einen bedeutenden wirtschaftlichen Schock dar, der sich auf vielfältige Art äußert. Zunächst betrifft er die Arbeitsmarktperspektiven (Gehälter etc.) der betroffenen Fußballer, die wirtschaftliche Entwicklung der absteigenden Clubs und ihrer Mitarbeiter (Einkommensverluste bei TV- und Sponsorenverträgen und infolge sinkender Zuschauerzahlen). Darüber hinaus verdüstern sich auch die wirtschaftlichen Perspektiven der die Clubs umgebenden regionalen Akteure in fußballnahen Branchen. Auch diese erfahren einen Rückgang der Nachfrage, etwa durch sinkende Zuschauerzahlen bei den jeweiligen Stadionbesuchen, ausbleibende Übernachtungen und wegfallende Ausgaben auswärtiger Fans außerhalb des Stadions oder durch eine generelle Umschichtung des Konsums der Fußballfans. Die

1 Vgl. Neale, W.: The Peculiar Economics of Professional Sports: A Contribution to the Theory of the Firm in Sporting Competition and in Market Competition, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 78 (1), 1964, 1–14.

2 Vgl. Szymanski, S.; Valletti, T. M.: Promotion and Relegation in Sporting Contests, in: *Rivista di Politica Economica*, Vol. 95 (3), 2006, 3–39.

3 Vgl. Rosen, S.: The Economics of Superstars, in: *American Economic Review*, Vol. 71 (5), 1981, 845–858.

4 Vgl. die Website www.fernsehgelde.de.

regionale Dimension ist vor allem deshalb besonders ausgeprägt, da das Faninteresse eine deutliche räumliche Konzentration aufweist.⁵

Identifikation regionaler Effekte des Abstiegs eines Erstligavereins

Im Fokus dieses Beitrags steht die Messung der regionalwirtschaftlichen Effekte eines Abstiegs. In der zugrunde liegenden Studie⁶ wurden sowohl die Dramatik der Abstiegssituation als auch die abstiegsbedingten Änderungen der räumlichen Verteilung der Vereine in vier großen europäischen Profifußballligen genutzt, um die regionalwirtschaftlichen Effekte der Vereine zu messen. Die analysierten Beobachtungen umfassen alle Regionen, in denen im Zeitraum von 1995 bis 2011 Clubs der britischen Premier League, der Bundesliga, der italienischen Serie A oder der französischen Ligue 1 beheimatet waren.⁷

Zur Messung der Effekte eines Abstiegs werden zunächst die Zuschauerdaten der öffentlich zugänglichen Website <http://www.european-football-statistics.co.uk/> ausgewertet. Regionalwirtschaftliche Effekte werden mit Hilfe der European Regional Database von Cambridge Econometrics⁸ bestimmt. Diese enthält europaweit vergleichbare Informationen zu wirtschaftlichen Kennzahlen auf Ebene der NUTS3-Regionen.⁹ Mit Hilfe des Standorts des Vereins werden alle Informationen kombiniert.

Die Mehrheit der existierenden Studien zum Thema nutzt bisher zur Messung der regionalen Auswirkungen von Proficlubs vorwiegend panelökonometrische Verfahren bzw. Ereignisse wie Spielerstreiks oder Standortverlagerungen von Teams.¹⁰ Hier können jedoch Endogenitätsprobleme auftreten. Beispielsweise kann ein sportlicher Abstieg die Folge der wirtschaftlichen

Schwäche der Region bzw. regionaler Sponsoren sein (man vergleiche etwa die Regionen München und Cottbus). Eine weitere Verzerrungsmöglichkeit besteht in der Antizipation des Abstiegs durch die regionalen Akteure.¹¹ Um der Gefahr zu entgehen, Ursache und Wirkung zu verwechseln, d. h. negative regionale Effekte zu schätzen, die in Wirklichkeit gar nicht Folge, sondern Ursache des Abstiegs sind, wird ein Regressions-Diskontinuitäts-Design verwendet.¹²

Die Grundidee dieses statistischen Verfahrens ist es, einen Bruch in einer beobachtbaren Kontrollvariable zu finden, die einen Einfluss darauf hat, ob eine Beobachtung (hier eine Region) ein Treatment erhält oder nicht. In unserem Fall ist das Treatment der Abstieg eines Vereins in einer Region. Die beobachtbare Kontrollvariable ist die Differenz in der Anzahl an Punkten eines Vereins zum ersten Nichtabstiegsplatz der jeweiligen Liga. Da sich diese Differenz auch in den letzten Minuten des letzten Spieltags einer Saison noch ändern kann, produzieren knappe Abstiegsentscheidungen Situationen, in denen die wirtschaftliche Lage der Region unabhängig vom Treatment – das heißt exogen – ist und eine konsistente Schätzung des Effekts des Abstiegs auf die regionale Entwicklung möglich wird.

Wir vergleichen demnach die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen, welche knapp einem Abstieg ihres Erstligisten entgangen sind, mit der von Regionen, die knapp einen Abstieg erlitten haben. Zur Messung der Höhe der Effekte nutzen wir die durchschnittliche Entwicklung der Beschäftigung und Bruttowerd schöpfung im Zeitraum zwischen dem Beginn einer möglichen Abstiegssaison und den beiden nachfolgenden Jahren. Steigt ein Club im Jahr 2006 ab, betrachten wir die durchschnittliche Entwicklung der Ergebnisgrößen der Region zwischen den Jahren 2005 und 2007.¹³

Das Ausmaß regionaler Effekte eines Abstiegs

Begonnen wird die Analyse der Ergebnisse mit dem Indikator, der den zentralen Kanal zur Übertragung des Effekts eines Abstiegs auf das regionale (sektorale) Wachstum darstellt – der Nachfrage nach Stadionbesuchen. Die ökonomische Theorie legt nahe, dass

5 Vgl. Borland, J.; MacDonald, R.: Demand for Sports, in: *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 19 (4), 2003, 478–502.

6 Brachert, M.: The Regional Effects of Professional Sports Franchises – Causal Evidence from Four European Football Leagues. *IWH-Diskussionspapiere* 10/2018. Halle (Saale) 2018.

7 Alle betrachteten Ligen besitzen Abstiegsregelungen. Das Vorgehen führt zu 1 202 Beobachtungen (Regionen mit Erstligaclub(s) in einem bestimmten Jahr) und 218 Abstiegen. Im Beobachtungszeitraum finden sich insgesamt 151 Clubs in 128 NUTS3-Regionen. Von den Regionen erfuhren 23 keinen Abstieg, 43 erlebten einen Abstieg, 36 Regionen zwei, 12 Regionen drei und 14 Regionen mehr als drei Abstiege.

8 Vgl. <https://www.camecon.com/european-regional-data/>.

9 In Deutschland entspricht dies der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte.

10 Vgl. Simmons, R.: The Demand for English League Football: A Club-level Analysis, in: *Applied Economics*, Vol. 28 (2), 1996, 139–155. Coates, D.; Humphreys, B. R.: The Economic Consequences of Professional Sports Strikes and Lockouts, in: *Southern Economic Journal*, Vol. 67 (3), 2001, 737–747.

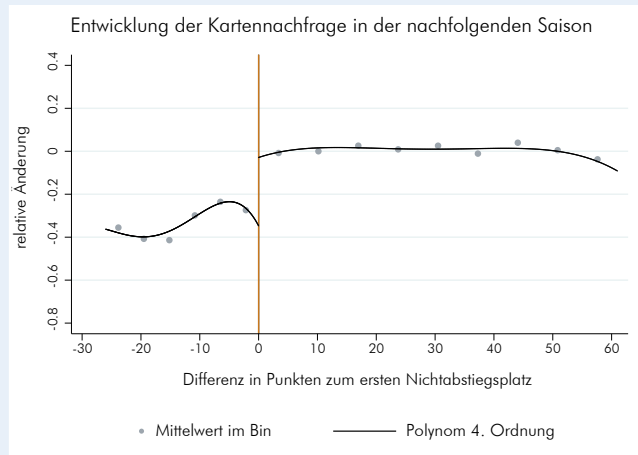
11 Siehe etwa AC Arles-Avignon in der Saison 2010/2011, AFC Sunderland 2002/2003, Derby County 2007/2008 oder auch FBC Unione Venezia in der Saison 2001/2002.

12 Vgl. Lee, D. S.; Lemieux, T.: Regression Discontinuity Design in Economics, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 48 (2), 2010, 281–355.

13 Die Daten mehrerer Jahre werden aggregiert.

Abbildung 1
Veränderungen der Zuschauerzahlen nach Differenz zum Abstiegsplatz

Absteiger links der orangen Linie, in der Liga verbleibende rechts



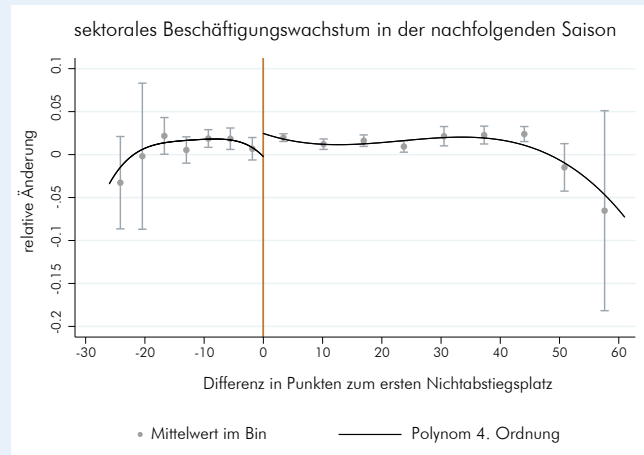
Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

die Kartennachfrage sich aus den Standardannahmen bezüglich der Konsumententscheidung ableiten lässt. Danach ist zu erwarten, dass der Abstieg, da er mit einer Verringerung der Qualität des Spiels einhergeht, die Nachfrage sinken lässt. Abbildung 1 verdeutlicht zunächst den Zusammenhang zwischen der relativen Veränderung der Kartennachfrage und der Distanz zum ersten Nichtabstiegsplatz. Sie zeigt einen klaren Rückgang der Nachfrage nach Stadionbesuchen bei Vereinen, die einen Abstieg erlitten haben (sich also links der orangen Linie befinden). Diese Darstellung wird durch die ökonometrischen Schätzungen bestätigt. Obwohl die Vereine um die Abstiegsränge in der laufenden Abstiegsaison keine Unterschiede in der Kartennachfrage aufweisen,¹⁴ sehen sich abgestiegene Clubs in der darauffolgenden Saison mit rund 29% weniger Besuchern pro Heimspiel (minus 4 500 Besucher in absoluten Werten) konfrontiert. Der Abstieg bewirkt folglich einen dauerhaften Nachfragerückgang nach fußballbezogenen Aktivitäten während der folgenden Saison. Dies betrifft sowohl Leistungen, die im Stadion selbst angeboten werden, als auch Leistungen, die im Zusammenhang eines Stadionbesuchs außerhalb konsumiert werden (etwa im Bereich des Einzelhandels oder des Gastgewerbes).

14 Vgl. Brachert, M., a. a. O.

Abbildung 2
Beschäftigungsentwicklung in fußballnahen Wirtschaftszweigen nach Differenz zum Abstiegsplatz

Absteiger links der orangen Linie, in der Liga verbleibende rechts



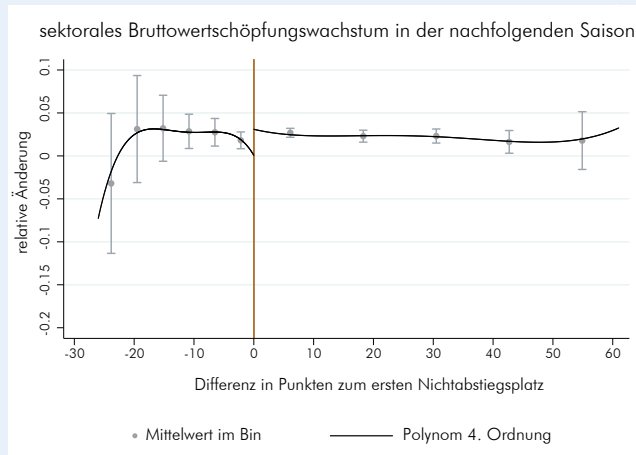
Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im nächsten Schritt analysieren wir die sektoralen Auswirkungen eines Abstiegs in der Region. Die Cambridge-Econometrics-Daten liefern Informationen zur Anzahl der Beschäftigten und der Bruttowertschöpfung im Aggregat der Sektoren Handel, Gastronomie und Beherbergungen sowie Transport. Diese Sektoren weisen direkte Bezüge zu Fußballaktivitäten bzw. Sportgroßveranstaltungen auf. Wir folgen *Feddersen und Maennig*,¹⁵ die zeigen, dass die Effekte von Sportgroßveranstaltungen überwiegend zeitlich begrenzt, außerdem räumlich sowie sektoral konzentriert auftreten. Die Analyse der Effekte eines Abstiegs bestätigt dieses Ergebnis. Die Abbildungen 2 und 3 verdeutlichen Unterschiede in der sektoralen Entwicklung der Beschäftigung (Abbildung 2) und der Bruttowertschöpfung (Abbildung 3) in fußballrelevanten Sektoren in den beiden Jahren nach Abstieg eines Vereins aus der ersten Liga. Die Effekte fallen mit durchschnittlich $-2,7\%$ (sektorale Beschäftigung) und $-3,0\%$ (sektorale Bruttowertschöpfung) deutlich negativ aus.

Abbildung 4 geht über die Betrachtung sektoraler Effekte hinaus und überprüft die Existenz gesamtregionaler Beschäftigungseffekte. Die Hypothese ist hier die oftmals vorzufindende Aussage, dass insbesondere in kleineren Regionen von Fußballbundesligisten auch

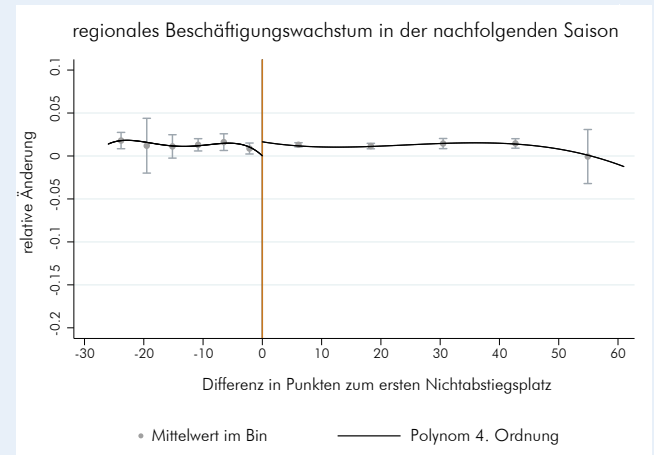
15 Vgl. Feddersen, A.; Maennig, W.: Sectoral Labour Market Effects of the 2006 FIFA World Cup, in: *Labour Economics*, Vol. 19 (6), 2012, 860–869, und dieselben: Mega-Events and Sectoral Employment: The Case of the 1996 Olympic Games, in: *Contemporary Economic Policy*, Vol. 31 (3), 2013, 580–603.

Abbildung 3
 Entwicklung der Bruttowertschöpfung in fußballnahen Wirtschaftszweigen nach Differenz zum Abstiegsplatz
 Absteiger links der orangen Linie, in der Liga verbleibende rechts



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 4
 Beschäftigungsentwicklung in der NUTS3-Region nach Differenz zum Abstiegsplatz
 Absteiger links der orangen Linie, in der Liga verbleibende rechts



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

regionale Entwicklungsimpulse ausgehen können. Abbildung 4 verdeutlicht, dass dies zumindest für kurzfristige regionale Beschäftigungseffekte zutrifft. So finden sich im Rahmen der Analyse negative Effekte in Höhe von 1,3%. Negative Effekte auf die gesamte regionale Bruttowertschöpfung lassen sich jedoch nicht nachweisen.

Abstieg trübt regionale Entwicklung – sektorale Effekte dominieren

Die Ergebnisse zeigen, dass professionelle Sportvereine bzw. Sportgroßveranstaltungen durchaus in der Lage sind, regionale Entwicklungsimpulse auszuüben. Heutige Profifußballclubs stellen zunehmend mittlere bis große Unternehmen dar, deren Bedeutung für Regionen in Anbetracht der weiter ansteigenden Finanzströme im Profifußballbereich zunehmen dürfte. Der durch den Profisport induzierte regionale Effekt

stellt sich jedoch primär in mit dem Fußball verbundenen Wirtschaftszweigen ein. Dabei ist zu beachten, dass die Produktivität der in den Regionen durch den Sport geschaffenen oder im Fall des Abstiegs vom Verlust bedrohten Arbeitsplätze oftmals niedrig ausfällt. Dies sollte in Strategien zur sportinduzierten Entwicklung (z. B. für diverse Sportstädte in Deutschland) Beachtung finden, um ungewollte Nebeneffekte zu vermeiden.



Dr. Matthias Brachert
 Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Matthias.Brachert@iwh-halle.de

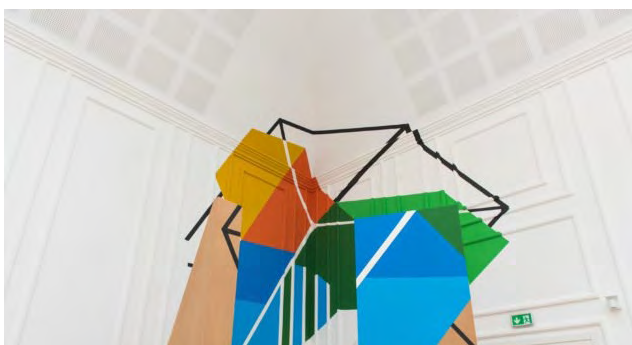
Meldungen



Aida Ćumurović und *Liuchun Deng* haben vom 27. bis 31.08.2018 an der Universität Köln am [33rd Annual Congress of the European Economic Association](#) teilgenommen. Aida Ćumurović fragte in ihrem Vortrag: „Going Online, Being Financially Literate?“ Liuchun Deng sprach über „Specialization Dynamics, Convergence, and Idea Flows“.



Michael Koetter hielt im September und Oktober 2018 an mehreren Orten seinen Vortrag „May the Force be With You: Exit Barriers, Governance Shocks, and Profitability Sclerosis in Banking“. Seine Überlegungen hat er an der Banco de Portugal, der britischen St. Andrews University sowie in den USA vor der [Financial Management Association \(FMA\)](#) vorgestellt.



Stefano Colonnello war vom 02. bis 30.09.2018 als Fellow zu Gast am [Collegio Carlo Alberto](#) der Universität von Turin. Innerhalb des Think Tanks „[Long-Term Investors@UniTo](#)“ arbeitete er an einem Projekt zur Heterogenität von Bankenmonitoring. Außerdem präsentierte Colonnello ein [IWH-Diskussionspapier](#) und begann eine Forschungs Kooperation mit Juniorprofessor [Roberto Marfè](#).

Veranstaltungen



UPCOMING: Mittwoch 12. Dezember und Donnerstag, 13. Dezember 2018, Halle (Saale)

19th IWH-CIREQ-GW Macroeconometric Workshop: Uncertainty, Expectations and Macroeconomic Modelling

The workshop provides a platform to discuss new developments in the field of empirical and applied macroeconomic modelling and aims at bringing together academic researchers and practitioners.



UPCOMING: Dienstag, 19. März 2018, EIB Headquarters, Luxemburg

Joint CompNet-ENRI-IMF-EIB Conferences

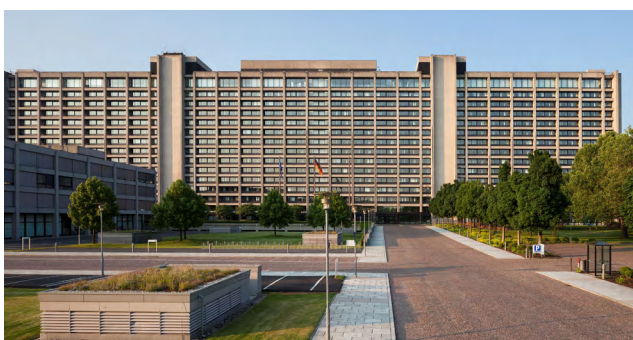
In the last decades the global economy witnessed several secular macroeconomic trends including a slowdown of aggregate output growth, persistently low investment rates, declining labour shares and rising inequality. The causes for these trends, although intensively debated, remain uncertain.



Montag, 8. Oktober 2018 und Dienstag, 9. Oktober 2018, Halle (Saale)

15. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik: Regionale Ungleichheit: Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland im Fokus

Der diesjährige Workshop nahm regionale Unterschiede der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung zwischen Stadt und Land sowie Ost und West in den Blick, aber auch Regionen mit alten Industrien und solche mit vielen jungen Start-ups.



Montag, 5. November 2018 und Dienstag, 6. November 2018, Deutsche Bundesbank, Central Office

Financial Cycles and Regulation

The recent Global Financial Crisis has highlighted the importance of financial cycles for macroeconomic and financial stability. The aim of the conference was to improve our understanding of the nature of financial cycles and to discuss the corresponding analytical challenges and implications for macroprudential policy and financial regulation.

Publikationen

Zeitschrift für Wirtschaftspolitik

Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns im Handwerk in Sachsen-Anhalt

Hans-Ulrich Brautzsch, Birgit Schultz

>> This paper examines the effects of the minimum wage introduction in Germany in 2015 on the skilled crafts sector in Saxony-Anhalt. Using novel survey data on the skilled crafts sector in Saxony-Anhalt, we examine three questions. ...<<

International Journal of Central Banking

Crises and Rescues: Liquidity Transmission Through Global Banks

Claudia Buch, C. Koch, Michael Koetter

>> This paper shows that global banks transmit liquidity shocks via their network of foreign affiliates. We use the (unexpected) access of German banks' affiliates located in the United States to the Federal Reserve's Term Auction Facility. ...<<

Journal of Banking & Finance

Can Lenders Discern Managerial Ability from Luck? Evidence from Bank Loan Contracts

D. G. Bui, Y.-S. Chen, Iftekhar Hasan, C.-Y. Lin

>> We investigate the effect of managerial ability versus luck on bank loan contracting. Borrowers showing a persistently superior managerial ability over previous years enjoy a lower loan spread, while borrowers showing a temporary superior managerial ability do not enjoy any spread reduction. ...<<

Applied Economics

Plant-level Employment Development Before Collective Displacements: Comparing Mass Layoffs, Plant Closures and Bankruptcies

Daniel Fackler, Steffen Müller, Jens Stegmaier

>> Utilizing administrative plant-level data for Germany, we find no systematic employment reductions prior to mass layoffs, a strong and long-lasting reduction prior to closures, and a much shorter shadow of death preceding bankruptcies. ...<<

Journal of Corporate Finance

Differences Make a Difference: Diversity in Social Learning and Value Creation

Y. Fang, B. Francis, Iftekhar Hasan

>> Prior research has demonstrated that CEOs learn privileged information from their social connections. Going beyond the importance of the number of social ties in a CEO's social network, this paper studies the value generated from a diverse social environment. ...<<

Publikationen

Journal of Corporate Finance

Do Venture Capital Firms Benefit from a Presence on Boards of Directors of Mature Public Companies?

Iftekhhar Hasan, A. Khurshed, A. Mohamed, F. Wang

>> This paper examines the benefits to venture capital firms of their officers holding directorships in mature public companies in terms of fundraising and investment performance. ...<<

Journal of Corporate Finance

Private Benefits of Control and Bank Loan Contracts

C.-Y. Lin, W.-C. Tsai, Iftekhhar Hasan, Le Quoc Tuan

>> This paper investigates whether or not private benefits of control by managers and large shareholders influence the financing cost of firms. Evidence shows that lending banks demand a significantly higher loan spread, higher fees, shorter loan maturity, smaller loan size, stricter covenants, and greater collateral on firms with greater private benefits of control. ...<<

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 16/2018

Interactions Between Regulatory and Corporate Taxes: How Is Bank Leverage Affected?

F. Bremus, Kirsten Schmidt, Lena Tonzer

IWH-Diskussionspapiere Nr. 17/2018

Housing Consumption and Macroprudential Policies in Europe: An Ex Ante Evaluation

Qizhou Xiong, Antonios Mavropoulos

IWH-Diskussionspapiere Nr. 18/2018

Labour Market Power and the Distorting Effects of International Trade

Matthias Mertens

IWH-Diskussionspapiere Nr. 19/2018

Avoiding the Fall into the Loop: Isolating the Transmission of Bank-to-Sovereign Distress in the Euro Area and its Drivers

Hannes Böhm, Stefan Eichler

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 18/2018

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2018: Aufschwung verliert an Fahrt

>> Die führenden deutschen Konjunkturforschungsinstitute haben ihre Prognosen für das Jahr 2018 und 2019 gesenkt. Sie erwarten für das laufende Jahr nun eine um 1,7% höhere Wirtschaftsleistung, im Frühjahr waren sie noch von 2,2% ausgegangen. Für das kommende Jahr nahmen sie ihre Vorhersage leicht von 2,0 auf 1,9% zurück. Das geht aus dem Herbstgutachten der Gemeinschaftsdiagnose hervor, das am Donnerstag in Berlin vorgestellt wird. ...<<

IWH-Pressemitteilung 19/2018

Aufschwung in Ostdeutschland setzt sich verlangsamt fort – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2018 und amtlicher Daten für die ostdeutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr 2018

>> Für das Jahr 2018 prognostiziert das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) einen Anstieg des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,5% (Gemeinschaftsdiagnose für Deutschland insgesamt 1,7%). Auch im Jahr 2019 dürfte die Zuwachsrate in Ostdeutschland mit 1,7% unter derjenigen in Deutschland insgesamt (1,9%) liegen. ...<<

Das IWH in den Medien

Reint E. Gropp: Interview: „**Reint E. Gropp zu den Auswirkungen von Italiens Neuverschuldung auf die EU**“
in: tagesschau.de, 16. Oktober 2018

Reint E. Gropp: Bericht: "**How Germany's Little Savings Banks Threaten Big Financial Woes**"
in: Bloomberg Businessweek, 5. Oktober 2018

Oliver Holtemöller: Interview: „**Ökonom zu Unterschieden Ost-West: ,Was in Ostdeutschland völlig fehlt sind die absoluten Spitzenreiter'**“ in: Deutschlandfunk, 1. Oktober 2018

Personalien



Willkommen an Bord

Seit Oktober 2018 ist *Isabella Müller* Doktorandin in der Abteilung Finanzmärkte. Sie untersucht die Auswirkungen von Finanzintermediären sowie die politische Ökonomie des Bankensystems. Isabella Müller studierte an der Maastricht University sowie an der Universität Leipzig und verbrachte ein Auslandssemester an der Universidad de Salamanca in Spanien.



Xiang Li wurde im Oktober 2018 von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur Juniorprofessorin berufen. Sie ist darüber hinaus Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomik am IWH. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich internationale Finanzen. Xiang Li studierte und promovierte an der Peking University.



Seit Oktober 2018 ist *Ruben Staffa* Doktorand in der Abteilung Makroökonomik. Seine Forschungsinteressen liegen auf dem Gebiet der dynamischen Makroökonomik. Ruben Staffa studierte an der Freien Universität Berlin und an der Goethe-Universität Frankfurt.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout und Satz: Peggy Krönung
Tel +49 345 7753 738/849
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 6 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Carlos Zurita – unsplash.com
Wirtschaft im Wandel, 24. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. Dezember 2018

ISSN 2194-2129